

belasteten Lebensgemeinschaften, die Landesinitiative zur Bekämpfung der Tabakabhängigkeit sowie die Prävention des Alkoholmissbrauchs im Rahmen der Landeskampagne "Sucht hat immer eine Geschichte".

Im Bereich Aids setzen wir weiterhin auf Prävention und auf Betreuung und Begleitung Betroffener. Sowohl die Aids-Hilfe als auch der Youth-Worker-Bereich bleiben unangetastet.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Land wird die bislang freiwillig gewährte anteilige Förderung von medizinisch-therapeutischem Personal an Schulen für Körperbehinderte nicht mehr fortsetzen. Ich will in dieser Debatte ausdrücklich betonen - da will ich überhaupt keinen Zweifel aufkommen lassen -, dass ich den Einsatz von medizinisch-therapeutischem Personal an den Schulen für Körperbehinderte für unverzichtbar halte.

Um diese Frage geht es aber bei unseren Haushaltsberatungen nicht, sondern es geht um die Frage, ob es vertretbar ist, unter schwierigsten Haushaltsbedingungen und damit letztlich zulasten originärer Landesaufgaben eine Leistung fortzuführen, die das Land freiwillig anstelle anderer öffentlicher Haushalte übernommen hat. Die Antwort auf diese allein maßgebliche Frage lautet aus meiner Sicht: Nein.

Die Finanzierungsverantwortung für das medizinisch-therapeutische Personal an Schulen für Körperbehinderte liegt ganz eindeutig bei den Schulträgern, also den Landschaftsverbänden. Ich gehe davon aus, dass die Landschaftsverbände dieser Verantwortung gerecht werden.

Die Neuaufstellung des Krankenhausplanes sorgt in Nordrhein-Westfalen für eine dauerhaft sichere, qualitativ hochwertige und wirtschaftlich starke Krankenhausversorgung. Die dazu erforderlichen Verhandlungen über regionale Planungskonzepte sind mittlerweile in vielen Regionen aufgenommen worden.

Der Landeshaushalt sichert diesen Prozess mit stabilen finanziellen Rahmenbedingungen konsequent ab. Insgesamt stehen für die Krankenhäuser rund 482 Millionen Euro Barmittel sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 255,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Haushaltsansatz für neue Baumaßnahmen bleibt auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Die investive Unterstützung wichtiger Strukturverbesserungen wird die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen bei der Umstellung der Vergütung auf Fallpauschalen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die Betriebskosten im Maßregelvollzug steigen erneut, und zwar von 151 Millionen Euro auf gut 155 Millionen Euro. Ich sage auch hier noch einmal ausdrücklich: Eine wesentliche Ursache dieser Steigerung ist, dass das Land die Kosten für die tatsächlich betreuten Patientinnen und Patienten erstattet und eben nicht nur - wie häufig unterstellt - lediglich die Kosten der verfügbaren Plätze. Hinzu kommt die vorgeschriebene Anpassung an Tarif- und Preissteigerungen.

Bei den Investitionen werden die in den Vorjahren begonnenen Projekte abgeschlossen, und neben den Planungskosten für die neuen Forensik-Standorte sind Mittel für den Beginn der Baumaßnahmen an den neuen Standorten vorgesehen. Mit besonderer zeitlicher Priorität sollen die Übergangslösungen umgesetzt werden.

Zur konzeptionellen Weiterentwicklung des Maßregelvollzugs sind u. a. die Koordinierung von Nachsorgemaßnahmen mit 460.200 Euro sowie die Förderung der Fortbildungseinrichtungen für Gutachten in Eickelborn veranschlagt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Mittel, die uns im Haushaltsplan in der Landesgesundheitspolitik zur Verfügung stehen, helfen und leisten einen wesentlichen Beitrag, das qualitative Niveau unserer gesundheitspolitischen Versorgung der Patienten und Patientinnen zu sichern. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen zum Einzelplan 11 nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 11** entsprechend der **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/3311**. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition so **angenommen**. Ich bedanke mich.

Ich rufe **Nummer 5** auf:

#### **Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche a) Ministerpräsident und Staatskanzlei, b) Landesplanung, c) Europaangelegenheiten und d) Medien. Dazu gibt es die **Beschlussempfehlung 13/3302**.

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

### a) Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich erteile Herrn Jostmeier für die Fraktion der CDU das Wort.

**Werner Jostmeier** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, dass wir alle dankbar und froh wären, wenn die drei nach mir kommenden Redner meiner Fraktion ihre Redezeit von 5 Minuten nicht ausschöpfen würden. Ich versuche, was den Einzelplan 02, Bereich Ministerpräsident und Staatskanzlei, angeht, es sehr kurz zu machen und weise darauf hin, dass das, was für den Gesamthaushalt Nordrhein-Westfalen gilt, insbesondere auch für den Haushalt der Staatskanzlei gilt, nämlich: Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Schlagzeilen und Politikergebnissen und zwischen Werbung und Substanz klappte noch nie so weit auseinander wie in diesem Jahr.

Meine Damen und Herren, ich möchte anhand von ein paar Beispielen deutlich machen, warum wir Kürzungsvorschläge vorgelegt haben und im Ergebnis dem Einzelplan 02, Bereich Ministerpräsident und Staatskanzlei, nicht zustimmen werden.

Erstens. Projekt Ruhr GmbH. Herr Behrens hat im März dieses Jahres gesagt, es sei zu überlegen, ob man nicht die Aufgabe der Projekt Ruhr GmbH einem neu formulierten und neu finanzierten Kommunalverbund Rhein-Ruhr übertragen sollte. Wir antworten: Jawohl! Das fordern wir seit Jahren. Jetzt geht es genau in diese Richtung. Hinsichtlich der Haushaltslage muss die Finanzierung von Doppelaufgaben vermieden werden. Wir sind der Meinung, dass die Tätigkeiten, wenn sie denn notwendig sind, von einem Kommunalverbund Rhein-Ruhr wahrgenommen werden sollten.

Wirklich Neues ist ja ohnehin in der Projekt Ruhr nicht geboten worden.

#### (Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Die Projekte, die in Angriff genommen wurden und werden, gehen in der Regel auf die Ideen der Kommunen zurück und sind zum Teil schon sehr lang in Planung.

Zweitens. Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Hier schlagen wir ganz wesentliche Kürzungen vor. In diesem Bereich hat sich im Laufe dieses Jahres sehr viel an Meinungsbildung getan. In dem Bericht des Wissenschaftsrates vom 28. Mai diesen Jahres, der Evaluierung des Wissenschaftszentrums, ist dem Wissenschaftszentrum ein vernichtendes Urteil hinsichtlich seiner Wirkung und seiner Effizienz ausgestellt wor-

den. Es heißt dort auf Seite 20: Aus wissenschaftlicher Sicht ist der Verbund Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen nicht überzeugend. Es wird daher empfohlen, den Verbund aufzulösen.

Noch vernichtender war die Kritik am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Ich möchte auch hier nur zwei Zeilen zitieren. Auf Seite 40 heißt es "nur teilweise zufrieden stellend" und "die Abteilung Klima- und Kältepolitik und Verkehr nicht überzeugend". Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren immer den Standpunkt vertreten, dass diese Aufgaben in die Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalens gehören. Dort fehlt das Geld an allen Ecken und Kanten. Die Staatskanzlei braucht sich nicht zur eigenen Werbung und Selbstdarstellung ein solches Institut zu leisten.

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt ist die Ruhr-Triennale. Ich möchte nicht auf die zahlreichen Schlagzeilen, die wir z. B. heute in der "WAZ" nachlesen können - Missmanagement, schlechter Stil, Vertragsbruch usw. - eingehen. Ich stelle nur die Frage, ob wir uns in Nordrhein-Westfalen in Krisenzeiten und in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage noch ein weiteres Luxusfestival dieser Art leisten können und leisten sollten. Die CDU ist der Meinung: Nein!

Meine Damen und Herren, vor zwei Wochen war im Hauptausschuss Herr Spiegel, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland. In dieser Sitzung hat meine Fraktion vorgeschlagen, die pauschale Kürzung, die für den Bereich "Zuschüsse für christlich-jüdische Zusammenarbeit" vorgenommen werden sollte, zurückzunehmen. Die übrigen Parteien haben sich dem angeschlossen, sodass dieser Haushaltsansatz nicht um 10.200 Euro gekürzt wird.

Zum Schluss komme ich auf die Baupläne des Landes Nordrhein-Westfalen zu sprechen. Dazu könnte man sehr viel sagen. Auch zur Landesvertretung Nordrhein-Westfalen könnte man einiges ausführen. Viele von Ihnen und uns waren bei der Eröffnungsveranstaltung. Ich möchte den Bau nicht mehr kritisieren. Wenn aber Minister Vesper vor 1.000 Gästen sagt, man habe sich im Rahmen der geplanten Baukosten gehalten, meine Damen und Herren, dann ist das schlichtweg eine Frechheit, weil jeder, der ein bisschen mit dieser Materie zu tun hat, weiß, dass dies falsch ist. Die Baukosten waren um 20 % höher als geplant. Das hat er selber mehrfach im Hauptausschuss zugegeben. Ich könnte die Zahlen vorlesen, erspare mir das aber.

Zu den Bauprojekten, die das Land, Herr Kusche, offensichtlich nach wie vor plant. Sämtliche Parteien haben im Hauptausschuss betont, dass es eines Gesamtkonzeptes bedürfe. Daraufhin hat es einen Zweiseitenbrief gegeben, der das Gesamtkonzept darstellen sollte. Wir lehnen sowohl den Höhn-Tower als auch den Vesper-Kasten ab.

**Vizepräsident Jan Söffing:** Ich bitte Sie, Herr Jostmeier, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Werner Jostmeier (CDU):** Sofort, Herr Präsident. - Als wir das verkündet haben, hat Herr Vesper eine Presseerklärung herausgegeben des Inhalts, es sei dumm, nicht zu bauen, weil mieten langfristig sehr viel teurer wäre.

Wenn es in Schulen und Universitäten durch das Dach regnet und wir uns die Kindergärten nicht mehr leisten können, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

dann muss gerade das Land Nordrhein-Westfalen, Frau Löhrmann, mit gutem Beispiel vorangehen und solche Luxusbauten nicht erstellen, selbst dann nicht, wenn sie sich nach 20 Jahren bezahlt machen würden. In dieser Zeit ist dafür kein Geld. Unter anderem wegen dieser Planung lehnen wir den Einzelplan 02 ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Jostmeier. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Danner das Wort.

**Dorothee Danner (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bisherigen Einzelplanberatungen haben deutlich gemacht, dass wir vor einer besonderen Herausforderung stehen. Ich muss sagen: Es sind die schwierigsten Haushaltsberatungen, die ich als Abgeordnete seit 1995 erlebt habe.

Natürlich ist auch der Einzelplan 02 von den beträchtlichen Einschnitten nicht ausgenommen. Die vorgesehenen Ausgaben belaufen sich auf 141,1 Millionen €. Das sind 18,2 Millionen € weniger, als im Jahre 2002 zur Verfügung gestanden haben. Die Landesregierung wird die globale Minderausgabe im Haushaltsvollzug erwirtschaften. Wir haben über diese Zwänge intensiv beraten und werden uns auch im zukünftigen Haushaltsjahr damit beschäftigen, denn natürlich zeigt es sich erst im Laufe des Jahres, welche Ansätze auskömmlich sind und welche nicht.

Wir können jetzt sagen: Für die speziellen Aufgaben, für die die Staatskanzlei bereitstellen muss, sind die Ansätze zurzeit noch auskömmlich. Darum haben wir als Koalition auch keine Änderungsanträge für Einzelplan 02 eingereicht.

Wir haben allerdings zur Kenntnis nehmen müssen, dass einige Förderprogramme im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auslaufen. Hier seien nur zwei Bereiche angesprochen: zum einen die Stipendien für die Postgraduierten und zum anderen die Zuschüsse zu Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen.

Ich finde es erfreulich, - das hat Herr Jostmeier gerade schon angesprochen -, dass wir uns alle im Hauptausschuss dazu entschlossen haben, den Ansatz für die christlich-jüdische Zusammenarbeit um 10.200 € anzuheben. Wir haben in dem Gespräch, das wir mit Herrn Paul Spiegel, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, geführt haben, gesehen, dass es bei den Integrationsbemühungen noch viel zu tun gibt. Darauf sind wir eingegangen und haben diesen Ansatz noch einmal erhöht, und zwar kostenneutral durch Absenkung des Baransatzes 02 020 für die Projekt Ruhr GmbH. Dies erschien uns vertretbar.

Herr Jostmeier hat es vorhin schon angesprochen: Die Projekt Ruhr GmbH hat dieses Jahr viele kritische Diskussionen ausgelöst. Wir haben uns allerdings überzeugen lassen, dass eine Erhöhung des Ansatzes zur Finanzierung des Stammhaushaltes nötig ist. Dies wird natürlich durch den darauf entfallenden Anteil der globalen Minderausgabe relativiert. Aber wir erwarten, dass die Anstrengungen der Projekt Ruhr GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck nicht nachlassen.

Die abgelehnten Änderungsanträge der Opposition im Hauptausschuss möchte ich hier nicht weiter behandeln. Sie betrafen unterschiedliche Ansätze; Herr Jostmeier ist darauf schon eingegangen. Es waren Anträge in Bezug auf die Akademie der Wissenschaften; es wurden aber auch rigorose Kürzungen für die Projekt Ruhr GmbH und für das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen beantragt.

Wie schon in der Hauptausschusssitzung möchte ich der CDU auch jetzt dringend anraten, noch einmal mit ihren Landräten und Bürgermeistern zu sprechen, weil die die Arbeit der Projekt Ruhr GmbH eindeutig zu schätzen wissen. Ich denke, Sie haben da ein Kommunikationsproblem.

Die FDP hat beantragt, für die Akademie der Wissenschaften eine Aufstockung vorzunehmen. Ei-

gentlich haben wir für diesen Antrag viel Sympathie aufgebracht; aber leider hat die FDP keinen Deckungsvorschlag für diese Erhöhung unterbreitet, sodass wir diesem Antrag, Frau Thomann-Stahl, leider nicht zustimmen konnten.

Das Wissenschaftszentrum in Nordrhein-Westfalen hat in diesem Sommer eine breite Diskussion erlebt. Wir waren und sind gespannt auf die neue Konzeption, die die Landesregierung vorlegen wird. Herr Jostmeier, Sie hätten sich gar nicht so aufregen müssen: Demnächst wird sich der Hauptausschuss mit diesem Ansatz nicht mehr beschäftigen, da er in den Haushalt des Wissenschaftsministeriums übergeht. Aber ich denke, auch die Kolleginnen und Kollegen dort werden sich eingehend mit dem neuen Konzept beschäftigen.

Es ist Ihnen, meine Damen und Herren, bekannt, dass der Einzelplan 02 kein klassischer Förderhaushalt ist. Aber es darf nicht verschwiegen werden, dass wir in Kapitel 02 050, dem so genannten Kirchenkapitel, eine deutliche Erhöhung vorgenommen haben, nämlich um 1,7 Millionen €. Dies resultiert u. a. auch aus den Vorgaben des Staatsvertrages, der den jüdischen Gemeinden für mehrere Jahre eine Erhöhung der Landeszuweisungen zusichert. Darüber hinaus sind auch die Mittel für den Bau von Synagogen erhöht worden.

Leider fehlt mir die Zeit - ich sehe, ich habe nur noch eine Minute -, um auf die Einweihung der Wuppertaler Synagoge am letzten Wochenende einzugehen. Das ist schade. Aber ich freue mich, dass wir einen neuen Synagogenbau für Krefeld ins Auge fassen können. Ich denke, dafür können wir uns bedanken. Wir sind sehr froh darüber, dass die Mittel dafür demnächst zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Thema "Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen" - der Antrag ist von der CDU eingebracht worden - werden wir uns im neuen Jahr beschäftigen. Ich denke, wir werden da zu einem breiten Konsens kommen. Auch im Sinne der Sache hoffe ich auf einen guten gemeinsamen Antrag. - Ich bitte Sie um Zustimmung zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Danner. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Thomann-Stahl das Wort.

**Marianne Thomann-Stahl (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kritik an den einzelnen Haushaltsstellen hat die CDU im Wesentlichen bereits geäußert. Ich glaube, die brauche ich nicht zu wiederholen. Das sieht die FDP in weiten Bereichen ähnlich, insbesondere bei der Projekt Ruhr GmbH und beim Wissenschaftszentrum.

Ich möchte den Haushalt der Staatskanzlei einmal aus einer anderen Sicht beleuchten. Innovation schafft Wachstum - das gilt nicht nur für Unternehmen, das gilt natürlich auch für Regierungsorganisationen und insgesamt für die öffentliche Verwaltung. Ich habe mir den Haushalt des Ministerpräsidenten und den Organisationserlass vom 25.11. einmal daraufhin angeschaut, ob das Ziel, die Staatskanzlei als strategisches Zentrum der Landespolitik, damit erreicht werden kann. Ich meine, da sind Zweifel durchaus angebracht.

Die Vertretung des Landes beim Bund und bei der EU, Europapolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften sind zweifelsohne originäre Aufgaben der Staatskanzlei. Unseres Erachtens gehört auch noch die Landesplanung dazu, die zwar mit geringen Mitteln ausgestattet, aber strategisch von wesentlicher Bedeutung ist. Leider haben Sie die jetzt abgegeben.

Ob aber die Ansammlung von Nebensächlichkeiten, als da wären: Callcenter, Fahrdienste, Post-sammelstellen, wirklich in die Staatskanzlei gehört, ist doch fraglich. All das muss es geben. Aber müssen diese Dinge in der Staatskanzlei angesiedelt sein?

(Minister Jochen Dieckmann: Wo sonst?)

- Es gibt sicherlich andere Häuser, bei denen die untergebracht werden können. Aber lassen Sie mich jetzt freundlicherweise fortfahren.

Also: Das Wissenschaftszentrum haben Sie schon ausgegliedert und an das Wissenschaftsministerium angebunden. Warum eigentlich nicht die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften? Das könnte auch den Kooperationsgedanken durchaus befördern. Warum kommt die Projekt Ruhr GmbH, wenn Sie sie schon unbedingt behalten wollen - wir halten sie wirklich für überflüssig, aber Sie stehen ja dazu -, nicht zum Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, wo sie hingehören würde? Das Gleiche gilt im Grunde genommen für Medien und Telekommunikation: Das sind heute Wirtschaftsfaktoren. Den strategischen Anschlag, den hat die Staatskanzlei in den letzten Jahren geleistet. Die Frage ist, ob diese Bereiche da weiterhin hingehören. Die Koordination der Beteiligungen könnte beim Finanzministerium liegen.

Die Stiftungen Sport sowie Kunst und Kultur könnten ebenfalls an das zuständige Ministerium gehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Die Staatskanzlei würde deswegen nicht arbeitslos.

Ich rege in der Tat an zu überlegen, daraus eine organisationsflexible Steuerungseinheit zu formen. In zeitlich begrenzten und befristeten Projektgruppen könnten hier Fachleute aus den einzelnen Ressorts strategische Vorhaben der Landesregierung umsetzen. Ich nenne einige Beispiele:

Das könnte die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sein; das könnte ganz konkret die Fußballweltmeisterschaft sein; das könnte - vielleicht ist auch die Zeit schon darüber hinweggegangen - der Metrorapid sein; das könnte Olympia sein - vielleicht ist die Zeit dafür noch nicht reif, aber das wäre möglicherweise für eine ressortübergreifende Projektgruppe von Interesse. Wenn das Projekt dann beendet ist, wird die Gruppe aufgelöst, und die Fachleute gehen in ihre Ministerien oder ihre Behörden zurück.

Ich meine: Man muss die Staatskanzlei straffen, sich auf Kernaufgaben konzentrieren, strategische Ziele definieren und diese mit einer flexiblen Organisation umsetzen. Ich will ganz persönlich hinzufügen: Dies hätte noch den angenehmen Nebeneffekt, dass die Sitzungen des Hauptausschusses - ohne sie direkt zu kritisieren - von Zeit zu Zeit interessanter würden, als sie es heute sind. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte jetzt gerade den Eindruck, dass Frau Thomann-Stahl davon träumt, dass sie einmal Ministerpräsidentin ist und ihre Visionen von einer "frisch gestrickten" Landesregierung mit der Staatskanzlei in ihrer besonderen Verantwortung entfaltet. Da waren die Wählerinnen und Wähler vor, was wir natürlich ausdrücklich begrüßen. Ich würde mich einmal für das Organigramm der FDP-Fraktion interessieren, damit wir nach-

vollziehen können, wie Sie in Ihren eigenen Reihen was gestalten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

welche Planungen strategischer Art hinter dem einen oder anderen stehen, mit dem wir uns auseinander setzen müssen.

Ich will nur ganz kurz für unsere Fraktion sagen: Wir stimmen dem Haushalt des Ministerpräsidenten zu. Wir begrüßen vom Grundsatz her die Veränderungen, die in der neuen Organisation verankert worden sind. Wir halten es für richtig, dass bestimmte Politikbereiche ausgegliedert werden.

Wir haben auch gegenüber der Landesregierung schon deutlich gemacht, dass wir uns insgesamt die Bündelung der Wissenschaft vorstellen können. Davor sind wohl Staatsverträge, die wir entsprechend korrigieren müssten; da sind wir offen.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die von Herrn Jostmeier angesprochen worden sind. Im Gegensatz zur Opposition erachten wir die Arbeit des Wissenschaftszentrums als sehr wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Bereiche will die FDP auf Null setzen, da interessieren Sie keine Verträge und auch nicht, was mit den Menschen, die dort arbeiten, passiert. Sie setzen das von heute auf morgen auf Null! So klappt das Ihrer Meinung nach beim Bergbau und beim Wissenschaftszentrum. Das sind die einzigen Sparvorschläge Ihrerseits gewesen, von denen ich bisher gehört habe.

Uns als Grünen - und ich glaube, es steht dem Land auch insgesamt gut zu Gesicht - ist es wichtig, ein solches Zentrum, in dem ganzheitlich und zukunftsbezogen gedacht wird, zu haben.

Wenn Sie immer wieder auf alte Gutachten rekurrieren, dann werden wir im nächsten Jahr mit den diesbezüglichen Ergebnissen der Landesregierung konfrontiert und uns damit auseinander setzen. Es gibt sehr wohl schon angedachte Veränderungen, die das Wissenschaftszentrum von seiner Organisationsstruktur her so ausrichten, dass das investierte Geld auch zukünftig gut angelegt ist. Das ist der eine Punkt.

Bei der Frage der Unterbringung der Landesregierung wird hier von der Opposition versucht, die Verantwortlichkeiten von Land und Kommunen zu vermischen. Wie Schulen in unserem Land aussehen, Herr Jostmeier, liegt in der kommunalen Verantwortung. Wenn es da irgendwo hereinregnet, haben das die jeweiligen Kommunen zu ver-

antworten. Ich weiß, dass es insofern sehr wohl sehr große Unterschiede und auch unterschiedliche Zustände gibt. Aber das ist kommunale Angelegenheit. Für uns als Grüne ist der allein ausschlaggebende Punkt bei der Unterbringung der Landesregierung die Wirtschaftlichkeit. Sie haben bisher nicht deutlich machen können, dass die angedachte Unterbringung nicht wirtschaftlich wäre. Deswegen können wir ganz gelassen im Weiteren die Diskussion führen.

Meine Damen und Herren, Frau Danner hat das Thema "Religionsgemeinschaften" angesprochen. - Ich hatte die Ehre, bei der Einweihung der Bergischen Synagoge vergangenes Wochenende dabei zu sein. Das war sehr bewegend. Ich begrüße die Anstrengungen aller Fraktionen, einen gemeinsamen Antrag zum jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen zu verabschieden. Das ist ein wichtiges Anliegen. Es steht uns allen gut zu Gesicht, es zu betreiben. Ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen, was sich auch auf die Zukunft bezogen positiv auswirken wird.

Wenn Sie den Haushalt nicht mittragen, ist das Ihre Sache. Wir als Grüne unterstützen selbstverständlich den Haushalt des Ministerpräsidenten. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Kuschke das Wort.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, es ist schon ausführlich darauf eingegangen worden, dass sich natürlich auch der Einzelplan 02 nicht den allgemeinen Haushaltsschwierigkeiten entziehen kann, sondern wir das nachvollziehen mussten, was wir im Rahmen der Konsolidierung für den gesamten Haushalt haben gelten lassen. Ich denke aber, dass es trotzdem gelungen ist, unter diesen schwierigen Bedingungen zwei Punkte zu verdeutlichen:

Erstens. Wie wird die zukünftige Ausrichtung und Struktur der Staatskanzlei sein? - Frau Thomann-Stahl, ich habe mit Freude vernommen, was Sie eingefordert haben. Sie werden sich möglicherweise in den kommenden Monaten noch wundern, wie sehr wir uns längs der Dinge bewegen werden, die Sie genannt haben, wo wir möglicherweise sogar noch ein paar Schritte weitergehen. Lassen Sie mich an der Stelle aber auch schon einmal einschieben, dass die Beispiele

Fahrdienst und Postsammelstelle nun wirklich nicht geeignet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben es genannt. Ich denke, da muss man schon einmal hinsehen. Wir haben aufgrund von Organisationsgutachten gerade diese Dinge verändert. Wir sind kostengünstiger geworden. Wir müssen es irgendwo andocken, und ich glaube, dass das so in Ordnung ist, wie es im Augenblick passiert.

Also: Neue organisatorische Ausrichtung, damit verbunden neue strategische Ausrichtung. Ich will nicht mehr Zuständigkeit im operativen Geschäft. Im Gegenteil: Da, wo es machbar ist, müssen diese Dinge in die Linie zurückgegeben werden. Auch bei den Dingen, die sich unter Umständen neu aufdrängen, muss sorgfältig geprüft werden, ob das letztendlich Angelegenheit der Staatskanzlei ist oder ob es nicht woanders hingehört.

Ich will in dem Zusammenhang aber auch sagen, dass ich die Projekt Ruhr GmbH bisher und auch noch für eine bestimmte Zeit für ausgesprochen richtig bei der Staatskanzlei angesiedelt gehalten habe und noch halte. Wir werden natürlich im Rahmen der Neustrukturierung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet darüber nachdenken, inwieweit diese Organisationsform noch richtig ist oder ob man möglicherweise mit der Neustrukturierung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet auch dort zu einer anderen Lösung kommt.

Aber wenn es jetzt auch zum zehnten oder zum hundertsten Mal wiederholt wird: Ich war zum ersten Mal bei einer Sitzung des Innovationsbeirats der Projekt Ruhr GmbH, und man muss zur Kenntnis nehmen - lassen Sie mich das noch einmal verdeutlichen, vielleicht verteilen wir auch noch einmal die Protokolle der Sitzungen -, dass sämtliche Maßnahmen, Projekte und Beschlüsse dieses Innovationsbeirates von allen Oberbürgermeistern und Landräten des Ruhrgebiets einstimmig gefasst worden sind.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Die Oberbürgermeister haben Verstand!)

Die Frage, die gestellt worden ist, ob das Ideen sind, die es schon ewig gegeben hat, ist für mich letztendlich nicht die entscheidende. Ideen hat es im Ruhrgebiet genug gegeben. Diskussionen hat es im Ruhrgebiet genug gegeben. Es kam und kommt darauf an, dass praktische Dinge auf den Weg gebracht werden. Das ist das Verdienst der Projekt Ruhr GmbH.

Schwerpunkte konnten auch unter schwierigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Mich hat es

mit Stolz und Nachdenklichkeit erfüllt, dass Herr Spiegel in der bewegenden Debatte im Hauptausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen von einer Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland gesprochen hat. Es hat mich mit Stolz erfüllt - das kann ebenso für das gesamte hohe Haus und die gesamte Landesregierung gelten -, dass Paul Spiegel das Handeln der Landesregierung auch, aber nicht nur in Bezug auf den Staatsvertrag als vorbildlich für ganz Deutschland bezeichnet hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Gesamtleistung dieses Parlaments, auf die man stolz sein kann. Wir sind gut beraten, das auch gegen Widerstände und gegen widerwärtige Anwürfe, wie wir sie leider auch am Wochenende haben feststellen müssen, weiter durchzuführen. Herr Jostmeier, ich bin allen Fraktionen dankbar, dass es in dieser Frage ein einheitliches Vorgehen gibt.

Lassen Sie mich noch einen Punkt nennen, der angesprochen worden ist: die Landesvertretung in Berlin. Viele von Ihnen waren bei der Einweihung dabei. Dort ist eine interessante architektonische Leistung auf den Weg gebracht worden. Viel wichtiger wird aber sein, wie wir die Landesvertretung mit Leben füllen. Ich will Sie davon in Kenntnis setzen, was am Tag nach der Einweihung passiert ist: Über 1.000 Menschen - einzelne Besucherinnen und Besucher, kleine Gruppen von Touristen aus Nordrhein-Westfalen, die sich in Berlin aufgehalten haben - haben die Landesvertretung aufgesucht und sind dort im Rahmen der Möglichkeiten betreut worden. Sie hatten davon erfahren, dass es diese Vertretung nun endlich gibt und damit eine Anlaufstelle für Nordrhein-Westfalen in Berlin.

Wir werden dem hohen Hause, dem Landtagspräsidenten, den Fraktionen und den Abgeordneten Anfang des Jahres Vorschläge unterbreiten, welchen Stellenwert diese Landesvertretung bei Aufenthalten in Berlin auch für den Landtag, für die Ausschüsse, für die Fraktionen haben kann. Das, was wir dort auf den Weg gebracht haben, ist gut. Wir sind in der Lage, unsere nordrhein-westfälischen Anliegen und Initiativen anders und stärker zu bündeln, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Herzlichen Dank dafür, dass das möglich war.

Unter den schwierigen Rahmenbedingungen des Einzelplans 02 sind wir auf einem guten Wege, was die strategische Ausrichtung der Staatskanzlei angeht, und wir sind nach wie vor in der Lage, gute Schwerpunkte zu setzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen zum Teilbereich a) Ministerpräsident und Staatskanzlei liegen mir nicht vor. Wir kommen deshalb zum Teilbereich

#### b) Landesplanung

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Sahnen das Wort.

**Heinz Sahnen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die drei Stichworte Stadtfucht, Suburbanisierung, Pendlerströme belegen, dass es in der Landesplanung große Defizite gibt. Die Landesplanung muss in der Politik einen anderen Stellenwert erfahren; sie muss aus der Defensive heraus. Perspektiven und planerische Visionen sind gefordert.

Warum ist die Situation so desolat? Die Antwort ist leicht auszumachen; denn seit zehn Jahren wird die Landesplanung zwischen den verschiedenen Ministerien hin- und hergeschoben.

So gab es bis 1995 eine aktive Landesplanung; damals hatte noch Umweltminister Matthiesen das Sagen.

Von 1995 bis 2000 war Frau Höhn als Umweltministerin für die Landesplanung verantwortlich. Der absolute Stillstand war angesagt. Selbst fertige Gebietsentwicklungspläne wie z. B. der von Düsseldorf wurden monatelang gehortet.

Nach den Landtagswahlen im Mai 2000 erfolgte die "zackige" Übernahme der Landesplanung durch die Staatskanzlei unter Führung des "Feldherrn" Adamowitsch. Ergebnis: Vor etwa einem Jahr beschloss das Kabinett den Landesplanungsbericht 2001. Er wurde vollmundig als Grundlage für die Erstellung eines modernen Landesplanungsgesetzes angekündigt. Um den Stillstand zu überwinden, sollten Planungsverfahren beschleunigt werden. Aber auch hier Fehlanzeige. Gebietskörperschaften und Planer fühlten sich bevormundet und sahen in den verschiedenen Konferenzen Alibiveranstaltungen.

Jetzt gibt es wieder eine Zäsur und eine neue Hoffnung, Herr Minister. Aber keiner weiß genau, wie es weitergehen soll. Nach dem neuen Ressortzuschnitt sollen nunmehr Sie, Herr Dr. Horstmann, für diesen Bereich zuständig werden. Wie Ihre politische Ausrichtung in der Landesplanung sein wird, ist noch unklar. Wir gehen davon aus, dass Sie in einer der nächsten Sitzungen des zu-

ständigen Fachausschusses Ihre Perspektiven darlegen werden.

Herr Minister Horstmann, als Vorsitzender der Enquetekommission "Zukunft der Städte" sind Sie mit einer Reihe von den in der Einleitung genannten Stichworten konkret konfrontiert worden. Wir haben uns mehrfach darüber unterhalten. Sie bekunden ebenso, dass Sie sich als Landespolitiker mit kommunalpolitischem Bezug verstehen. So gesehen verspüren wir Hoffnung. Herr Minister, wir wünschen Ihnen bei Ihrer neuen Aufgabenstellung alles Gute und Erfolg. Wir wünschen, dass die landesplanerischen Perspektiven gemeinsam mit den Regionalräten und den Gremien des Landtags bürgernah und sachgerecht ausgerichtet werden. Mit unserer konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit können Sie rechnen.

Die CDU-Position zum Landesplanungsbericht haben wir gemeinsam mit unseren Vertretern in den Regionalräten und im Fachausschuss dieses Hauses entwickelt. Kurz einige Stichworte zu den Ansprüchen der CDU:

1. Regionalräte sind das Bündelungsgremium kommunaler Interessen gegenüber der staatlichen Verwaltung. Sie sind jetzt mit Kompetenz ausgestattet worden. Sie entscheiden eigenständig und sind keine Vollzugsgehilfen der Landesregierung. In ihren Beratungen geht es um einen fairen Ausgleich der Interessen von Landespolitik und Kommunen in den Regierungsbezirken - eine Formulierung, Herr Minister Behrens, die Sie seinerzeit als Regierungspräsident vorgegeben haben.
2. geht es um die Stärkung der jeweiligen Entwicklungspotenziale in den unterschiedlich geprägten Regionen. Die Entwicklungen in den Bereichen von Gewerbe, Wohnen und Landwirtschaft, aber auch von Freizeit und Natur sind in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich. Stadtflicht, Wohnungsleerstände und Pendlerströme verdeutlichen den Unterschied von ländlich und städtisch geprägten Regionen in unserem Land. Diesen unterschiedlich geprägten Entwicklungspotenzialen muss die Landesplanung Rechnung tragen.
3. Gebietsentwicklungspläne sind das wichtigste Instrument in der regionalpolitischen Planung. Erarbeitungsbeschlüsse und Genehmigungen sind zu verkürzen und zu straffen. Der bisher geltende Genehmigungsvorbehalt muss durch eine Anzeigepflicht ersetzt werden.
4. Der Umgang mit dem Flächenverbrauch ist ein zentrales Thema. Es ist richtig, dass der Flächenverbrauch zu begrenzen und mög-

lichst durch Flächentausch eine weitere Inanspruchnahme von Freiflächen zu verhindern ist. Eine gesetzliche Festschreibung der Siedlungs- und Gewerbeflächen auf dem heutigen Stand lehnen wir jedoch ab, da so die kommunale Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung gehemmt und der ländliche Raum in seinen Funktionen als Entwicklungsmotor behindert würde.

Im Rahmen der heutigen Debatte konnten hier nur einige Stichworte kurz angesprochen werden. Die CDU NRW hat zu allen Positionen des Landesplanungsberichtes 2001 Stellung bezogen. Wegen dieser Breite und des eingebrachten bürgernahen Sachverständes erwarten wir von der Regierung und den sie tragenden Parteien, dass unsere Argumente Berücksichtigung finden. Ich sage das ganz deutlich, weil zu bedenken ist, dass mehr als die Hälfte aller kommunalen Mandats-träger in Nordrhein-Westfalen von der CDU gestellt werden.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Noch!)

- Ich denke, dass sich das stabilisieren wird. - Eine Missachtung unserer Vorstellungen würde zu unnötigen politischen Auseinandersetzungen führen.

Die Landesplanung befindet sich leider schon in einer defensiven Position. Um weiteren Fehlentwicklungen entgegenzutreten, sind planerische Vorgaben erforderlich. Wir fordern deshalb die Landesregierung zum unverzüglichen Handeln auf.

Mehrfach wurden in den letzten beiden Jahren Fachkongresse zu den Themen "Stadtflicht" und "Stadterneuerung" abgehalten.

**Vizepräsident Jan Söffing:** Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen, Herr Sahnen.

**Heinz Sahnen (CDU):** Ja, ich komme zum Schluss. - Sie bringen möglicherweise neue Erkenntnisse, ersetzen aber keine Landesplanung. Im Land sind konkrete Vorgaben und Perspektiven für gewerbliche Entwicklung, Landwirtschaft, Wohnungsbau und Städtebau sowie für die Bereiche Freizeit und Natur erforderlich. Deshalb muss gehandelt werden. Herr Minister Horstmann, nach zehn Jahren des Stillstandes haben Sie jetzt die Chance, in Zusammenarbeit mit den Regionalräten und mit uns neue Perspektiven für unser Land zu entwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Sahnen. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Kasperek das Wort.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen im kleinen Kreis der Planungsexperten, Herr Minister Horstmann.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Danke!)

Diese Landtagsdebatte findet ebenso in einem intimen Zirkel statt, wie wir uns in der Fachdiskussion in einem relativ kleinen und überschaubaren Kreis bewegen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Die SPD-Fraktion wird Sie bei Ihrer wichtigen Arbeit unterstützen.

Für das kommende Jahr steht im Rahmen von Landesplanung und Raumordnung gesetzgeberisch eine Menge auf der Tagesordnung. Sie wissen, welche Diskussionen - auch bei uns im Ausschuss und in den landesweit durchgeführten Fachkonferenzen - schon angestoßen wurden. Wir haben im nächsten Jahr eine ganze Reihe abzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, in der Sache stehen wir allerdings nicht vor Erfolgen und vor großen Aufgaben. Wir können hier in erster Linie auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Herr Kollege Sahnen, von zehn Jahren Stillstand kann man ganz gewiss nicht reden. Als Oppositionspolitiker müssen Sie das wohl so sagen. Wir hätten uns im Übrigen gewünscht, dass Sie Herrn Matthiesen und seine Arbeit als Planungsminister schon zu seiner Amtszeit so gelobt hätten wie heute. Im Nachhinein kann man das ganz gut machen.

In der Sache sind wir in einer sehr intensiven Diskussion und können auch mit Fug und Recht feststellen, dass unser Land planerisch geordnet ist. Wir stehen aber vor einer ganzen Reihe neuer Herausforderungen, die hier im Landtag zum Teil schon angesprochen worden sind. Herr Ausschussvorsitzender Strehl hat hier vor wenigen Wochen die entsprechenden Stichworte genannt. Die Wanderungsbewegungen im Land, die Stadt-Land-Problematik, die demographische Entwicklung, die schrumpfenden Bevölkerungszahlen, die Altersstruktur, das unterschiedliche Wohnverhalten, die steigende Nachfrage nach Neubauten und größeren Wohnungen trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen, die Mobilität - das alles sind Themen, die wir auch im Rahmen der Landesplanung berücksichtigen müssen.

Das auch ökologisch entscheidende Thema in diesem Zusammenhang ist der Flächenverbrauch. Meine Damen und Herren, hier geht es darum.

vernünftige Lösungen zu entwickeln. Es kann nicht sein, dass wir in alte Strukturen zurückfallen und darüber diskutieren, den Flächenverbrauch zu reduzieren und dafür die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung oder die Wohnbauentwicklung zurückzuführen. Vielmehr müssen wir intelligente Lösungen finden, die Dinge zusammenführen und zu einer Entkoppelung kommen, wie das in anderen Bereichen der Umweltpolitik auch geschieht. Wir haben trotz sinkender Schadstoffbelastungen der Luft und geringerem Energieverbrauch eine positive wirtschaftliche Entwicklung. So etwas muss auch in Bezug auf den Flächenverbrauch gelingen.

Es ist ganz klar, dass der Eingriff in die Natur reduziert werden muss. Ihre Kampagne, die Sie zum Teil im ländlichen Raum fahren, nach der die Entwicklung des ländlichen Raumes angeblich blockiert werden soll, ist nach meiner Überzeugung ganz falsch. Ich bitte die Kollegen von der CDU doch herzlich, diese Verunsicherung im ländlichen Bereich nicht weiter zu treiben.

Wir sind also gefordert, eine ganze Reihe kreativer Lösungen zu entwickeln. Die SPD-Fraktion und ich setzen hier zunehmend darauf, dass wir zu intelligenten Lösungen kommen und Flächenrecycling betreiben. Der AAV ist wirklich ein Musterbeispiel, wie wir eine Public Private Partnership erfolgreich betrieben und gleichzeitig einen positiven Beitrag für den Flächenverbrauch geleistet haben.

Wir setzen in erster Linie auf kommunale und interkommunale Zusammenarbeit.

Das Gleiche gilt auch, meine Damen und Herren, für das Spezialthema im Rahmen der Landesplanung, nämlich für das Ruhrgebiet. Es ist völlig falsch, eine rein ruhrgebietsinterne Planung zu fordern oder ausschließlich die Verflechtung der Ruhrgebietsstädte mit dem Umlandraum zu sehen. Wir brauchen beides.

Wir haben Probleme innerhalb des Ruhrgebietes und müssen dort eine abgestimmte Planung erreichen. Genauso müssen wir berücksichtigen, dass fast alle Städte des Ruhrgebietes in die Planung des Umlandes einbezogen werden müssen. Hier gibt es nicht das Entweder-oder. Hier brauchen wir mehr kommunale Zusammenarbeit. Hier brauchen wir weniger staatliche Vorgaben. Die staatliche Diskussion muss sich auf Ziele wie z. B. die Reduzierung des Flächenverbrauches konzentrieren.

**Vizepräsident Jan Söffing:** Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen, Herr Kollege.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD):** Ich bin am Ende, Herr Präsident.

Wir brauchen auf staatlicher Ebene weniger konkrete Planung, sondern Rahmensetzungen. Wir brauchen eine Zielvorgabe, die dann durch kommunale Zusammenarbeit und kommunale Entscheidungen zu realisieren ist. Ich glaube, wenn wir diese Ansätze im Ruhrgebiet vertiefen und konkretisieren, können wir das als Beispiel dafür nehmen, um so im gesamten Lande in Zukunft Landesplanung, Landesentwicklung und Raumordnung zu gestalten.

In dem Sinne sind wir in diesem Jahr gut gestartet. Wir haben mit den Konferenzen und den Foren eine ganze Reihe von Anregungen bekommen, und jetzt gilt es, dies im nächsten Jahr gesetzgeberisch umzusetzen. Deswegen stimmt die SPD-Fraktion diesem Teil des Haushalts der Staatskanzlei selbstverständlich zu. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit im entsprechenden Ausschuss und mit Herrn Minister Horstmann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Kasperek. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Ellerbrock das Wort.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Bereich Landesplanung im Haushalt der Staatskanzlei lassen Sie mich zwei Thesen einführen:

Erstens. Organisatorische Fehlentscheidung, Management by Chaos.

Zweitens. Wer Landesplanung will, muss auch handeln.

Meine Damen und Herren, vor nicht einmal drei Jahren hat der Ministerpräsident die Landesplanung zu sich in die Staatskanzlei geholt. Das war nachvollziehbar: Landesplanung war im grünen Umweltministerium in die Verfahrensverzögerung bei der Verwirklichung der Braunkohleplanung verwickelt. Die Verfahrensverzögerung war erfolgreich, die Verfahrensverhinderung nicht. Der Ministerpräsident hat auch einen sachkundigen Kenner der Landesplanung gehabt: Brigadier Adamowitsch konnte sich dieser Aufgabe erfolgreich in vollem Umfange widmen.

(Zurufe von der SPD)

Berufserfahrung muss ja nicht sofort diskriminierend sein, und er hat sich ja auch der Aufgabe erfolgreich gewidmet.

Meine Damen und Herren, in der Staatskanzlei konnte und könnte die Landesplanung ihre strategische Aufgabe mit dem auf Konsens ausgerichteten Instrumentarium und der Moderationsfähigkeit ihrer Mitarbeiter durchaus gut erfüllen, nämlich übergeordnete Problemstellungen nach überörtlichen Kriterien zusammenfassend lösen. Das ist die Aufgabe der Landesplanung, wie sie im Landesplanungsgesetz definiert ist.

Nach der Kabinettsumbildung und dem Ausscheiden von Herrn Adamowitsch wäre in der Staatskanzlei ein ebenfalls sachkundiger Thebaner mit dem ehemaligen Regierungspräsidenten Kusche, der das Planungsgeschäft durch die Arbeit im Bezirksplanungsrat und Regionalrat von der Pieke auf gelernt hat, durchaus vorhanden gewesen. Doch dem Sternenlenker der Ressortverteilung, unserem Ministerpräsidenten Peer Steinbrück, gefiel es, das halbe Wirtschaftsministerium für Herrn Horstmann um eben diesen Aufgabenbereich Landesplanung zu arrondieren. Das ist eine organisatorische Fehlentscheidung.

War es früher so, dass die Landesplanung im Ruf stand, im grünen Umweltministerium ausschließlich Umweltbelange in ihren Abwägungsprozessen in den Vordergrund zu stellen, so sieht sich jetzt die Landesplanung dem Vorwurf ausgesetzt, dass man sagt: Hier werden energie- und verkehrspolitische Belange ausschließlich in den Vordergrund gestellt.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Lassen Sie ihn erst einmal anfangen!)

Meine Damen und Herren, das wirkt in jedem Fall verfahrensverzögernd, ob wir es wollen oder nicht. Und war dieser Ministerpräsident nicht in seiner Regierungserklärung so offen, uns zu sagen, Verfahrensverzögerungen müssten abgebaut werden? - Nein, durch diese organisatorische Fehlentscheidung werden Verfahrensverzögerungen in jedem Falle implementiert.

Für die Landesplanung - das ist bedauerlich - muss man sagen: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. - Das ist eine organisatorische Fehlentscheidung. Hier zeigt es sich: Landesplanung wird von dieser Regierung nicht als strategische Daueraufgabe verstanden, sondern als Verschiebebahnhof. Das ist zwar bedauerlich, aber leider so.

Wer Landesplanung will, muss auch handeln. Wer Metrorapid im Munde führt, muss ihn auch umsetzen. Hier im Landtag haben die Grünen ja zugestimmt. Vor Ort ist es dann ganz anders gewesen. Die einen geben Gas, die anderen bremsen. Aber das ist inzwischen ein Verhalten bei den Grünen,

das häufiger festzustellen ist: Minister Vesper kauft Atomstrom ein. Vor Ort sagt er aber: Leute, macht mal Kampagnen gegen Atomstrom. - Ich frage mich, ob dieser Minister Vesper eigentlich in Gorleben bei den nordrhein-westfälischen Polizisten stand, als diese die Leute auf den Schienentrassen zur Seite geräumt haben.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Das ist dummes Zeug! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN )

- Da müssen Sie zuhören. Dann werden Sie es erkennen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Zur Landesplanung!)

- Na sicher, das hat etwas mit Landesplanung zu tun: Konsequentes Handeln ist Landesplanung. Das ist Ihnen fremd, Herr Kollege - das weiß ich - uns nicht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Metrorapid habe ich vor einem Jahr schon gefragt: Ist es eigentlich notwendig, ein solches Verfahren über den GEP in den Regionalräten durchzuführen, obwohl 95 % des Trassenverlaufs auf DB-Trassen verläuft? - Man wollte es so, und Schwierigkeiten haben wir bekommen.

Eine Möglichkeit wäre gewesen zu sagen: Wir machen ein Gesetz. Wir können aber, Herr Minister Horstmann, auch ein anderes Verfahren nutzen, wenn wir nicht dazu kommen, nämlich Raumordnungsverfahren gemäß § 23 a ff. Landesplanungsgesetz in Verbindung mit § 6 der Durchführungsverordnung des Landesplanungsgesetzes ausweiten. Die kann man ändern. Man muss es nur wollen.

Es kann nicht richtig sein, dass vor Ort landespolitische Entscheidungen konterkariert werden. Das gilt nicht nur für den Metrorapid. Das gilt grundsätzlich.

Hier muss die Landesplanung handeln, und zwar nach dem Motto: Können, Wollen, Verantworten, Handeln. Das muss rasch geschehen, und das vermissen wir eigentlich dabei.

Meine Damen und Herren, zu den Regionalräten sagen wir: Klare Entscheidungskompetenz muss sein. Wir wollen eine klare Aufgabenteilung zwischen Land, Region und Kommunen. Es ist erstaunlich, wenn man dann in die Regierungserklärung schaut, Seite 32, Nr. 14.: Novellierung des Landesplanungsgesetzes, mehr Verantwortung für die Kommunen. - Wo sind denn die Regionen? Diese fehlen hier.

Man kann natürlich sagen: Wir wollen die Regionalräte nicht. Dann müssen wir sie auflösen. Ist das die erste Entscheidung dazu? Auch diesen Weg müssen wir, glaube ich, diskutieren. Das wird eine spannende Diskussion werden, Herr Horstmann.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Ich darf bitten, zum Ende zu kommen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Klare Aufgabenteilung zwischen Region, Land und Kommunen - das ist das, was wir wollen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung schwächt die Landesplanung als strategische Aufgabe durch die organisatorische Fehlentscheidung, sie widersinnig in ein Fachressort zu zwingen. Notwendige Verfahrensentscheidungen, die das Konterkarieren von landespolitischen Entscheidungen vor Ort verhindern, werden nicht getroffen. Meine Damen und Herren, wir lehnen den Haushalt auch deswegen ab. - Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Ellerbrock. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Remmel das Wort.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns heute eigentlich in der Haushaltsdebatte. Beim Punkt Landesplanung haben wir zum Haushalt als solches nicht sehr viel gehört, sondern es war eine allgemeine Debatte. Man hat sich nett unterhalten und nett über dies und das in der Landesplanung geplaudert, was wir sowieso im Laufe des Jahres im Ausschuss besprechen. Insofern will ich das eine oder andere Aperçu anfügen und dabei auf die Vorredner eingehen.

Wenn es darum geht, Landesplanung zu diskutieren, macht es keinen Sinn, das unter formalen Gesichtspunkten zu tun, sondern wir müssen uns fragen, was das Ziel der Entwicklung des Landes ist. In welche Richtung soll sich das Land entwickeln? Wenn man diese Frage beantwortet hat, was die Ziele in der Landesplanung sind, wohin sich Nordrhein-Westfalen entwickeln soll, dann kann man auch über Instrumente, über Regionalräte und andere Dinge, die im Zusammenhang mit dem Landesplanungsbericht aufgeführt sind, diskutieren.

Erst einmal muss man sich aber über die Ziele verständigen. Da ist in der Tat der Landespla-

nungsbericht ein Aufschlag, über die Ziele zu diskutieren, aber er ist nicht der alleinige. Ich rate da auch im Namen meiner Fraktion nicht zu Schnelligkeit. Ich fühle mich da auch wahrgenommen von anderen im Lande, z. B. von Herrn Crone-Erdmann von der IHK, der sagt: Lasst euch doch etwas Zeit mit der Diskussion um die Ziele des Landes. Ein solcher Prozess muss mit gesellschaftlichen Gruppen geführt werden, er muss breit geführt werden, und den kann man nicht übers Knie brechen. Deshalb ist es wichtig, diesen Prozess step by step voranzubringen und nicht die Instrumente in den Vordergrund zu rücken, sondern darüber zu diskutieren, was die große Richtung ist, wohin sich das Land entwickeln soll. Wir haben da Vorgaben des Bundes, die Frage der Nachhaltigkeit muss in das Landesplanungsrecht implementiert werden. Aber wie, in welcher Form und mit welchen Instrumenten, das bedarf der Debatte.

Da es sich um langfristige Entscheidungen handelt, sollten wir uns da auch die nötige Zeit lassen. Warum ist die Landesplanung - die CDU hat das angesprochen - in der Defensive? Nicht, weil sie mal in diesem Ressort und mal in jenem Ressort war. Planung ist insgesamt in der Defensive, weil Unternehmensentscheidungen und Anforderungen von Unternehmen heute sehr viel schneller an die Entscheider, an die Politik und an die Verwaltung herangetragen werden und man zu schnellem Handeln aufgefordert wird.

Insofern wird Landesplanung oder Planung insgesamt, die sehr viel langfristiger angelegt ist, sehr schnell von der aktuellen Tagespolitik überholt. Deshalb müssen wir uns als Politik insgesamt fragen, wie wir unsere Instrumente so gestalten können, dass wir den Anforderungen gerecht werden, aber gleichzeitig die Hoheit der Politik bewahren, auch planerische Entscheidungen mit Zielen, die wir setzen, langfristig vorherbestimmen können. Das ist eine Frage, die nicht parteipolitisch zu entscheiden ist, sondern es ist eine Frage, ob Politik in der heutigen Zeit überhaupt noch langfristige Planungen angehen kann und ob sie nicht tatsächlich immer wieder von Anforderungen, die ihr von außen gestellt werden, überholt wird.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch ein, zwei Sätze zu der Frage, wie sich das Ruhrgebiet entwickeln soll. Ich glaube, es ist falsch, auch hier den formalen Aspekt, welche formale Organisation das Ganze haben soll, in den Vordergrund zu stellen. Wir müssen den Ausgangspunkt in der Frage sehen, wo die Probleme im Ruhrgebiet liegen und welches die entsprechende Antwort auf die Problemlagen im Ruhrgebiet ist. Da ist die

Stadtflucht zu nennen, die tatsächlich stattfindet. Wie kann man da mit einer Organisationsstruktur abhelfen? Da sind die wirtschaftlichen Probleme, die strukturellen Probleme und natürlich auch die Fragen der Stadt-Umland-Beziehung. Wenn wir uns von der Frage nähern, wo die Probleme liegen, werden wir sicherlich auch die Struktur finden.

Es gibt nur wenige Prozesse in der Bundesrepublik, wo solche Umlandverbände tatsächlich funktionieren. Einen funktionierenden Verband gibt es im Umland von Hannover. Ansonsten sind die Prozesse im Großen und Ganzen gescheitert. Vielleicht sollten wir uns ein bisschen an diesem Vorbild orientieren. Es gibt, wie gesagt, nur wenige, aber von diesen Vorbildern kann man, glaube ich, lernen.

Es ist auch wichtig, dort Planungskompetenzen zu verankern. Aber es ist nicht das einzige Moment, und deshalb sollten wir uns daran auch nicht aufhalten.

Meine Damen und Herren, Landesplanung hat offensichtlich im Haushalt nur einen schwachen Widerhall gefunden. Aber das liegt nicht an dem Thema, sondern es liegt daran, dass wir nicht so viel Geld benötigen, um uns über Planung zu unterhalten. Wir stimmen jedenfalls dem Haushalt an dieser Stelle zu und bitten um Ihre Zustimmung ebenfalls. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Rimmel. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Horstmann das Wort.

**Dr. Axel Horstmann,** Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu Anfang für die Zuneigung zu den Vorgängern in diesem Amt als Landesplanungsminister bedanken, die in den Worten insbesondere von Herrn Sahnen und auch von Herrn Ellerbrock zum Ausdruck gekommen ist.

Herr Sahnen, Sie haben ausdrücklich Herrn Matthiesen erwähnt. Herr Ellerbrock, Sie haben von der guten aufgehobenheit der Landesplanung in der Staatskanzlei unter Führung von Herrn Adamowitsch gesprochen. Ich darf Ihnen versichern: Sie haben mit diesem Lob und mit dieser Anerkennung, die Sie da aussprechen, Recht. Ich will Ihnen versprechen: Sie werden vermutlich Anlass haben, über mich auch einmal so zu sprechen, denn ich werde mich in der gleichen Weisen um das Thema Landesplanung bemühen, wie diese

beiden es getan haben. Deswegen hat das auch alles nichts mit Management by Chaos zu tun, sehr geehrter Herr Kollege Ellerbrock, sondern Sie werden bald feststellen: Es handelt sich um eine hochgradig vernünftige Entscheidung, der Landesplanung dieses Gewicht zu geben.

So sehe ich diese Entscheidung. Das hat auch nichts damit zu tun, dass nun die Landespolitik der Verkehrspolitik oder der Energiepolitik etwa untergeordnet würde. Das werden Sie sehr bald feststellen.

Ich schätze und bewerte die Landesplanung vielmehr als eine eigenständige Aufgabe, die darauf hinauszulaufen hat, die Landesentwicklung in Nordrhein-Westfalen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, aber auch der Wirtschaft dieses Landes insgesamt zu dynamisieren und fortzuentwickeln. Das ist mein Verständnis von Landesplanung. Ich werde mich ihr in einem umfassenden Sinne, nicht etwa allein im Interesse der Verkehrspolitik oder der Energiepolitik unseres Landes, stellen.

Sehr geehrter Herr Kollege Sahnen, ich bedanke mich ausdrücklich für die Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit. Sie wissen, dass wir vernünftige Gespräche über Probleme der Landesentwicklung führen können. Ich darf Ihnen versprechen: Ich will das auch bei der Fortentwicklung der Landesplanung in Nordrhein-Westfalen so halten, dass wir ein vernünftiges Gespräch darüber fortsetzen.

In der Tat: Ich halte die Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen für die Entwicklung unseres Landes für eine der wichtigsten Reformaufgaben. Diese Regierung wird sich dieser Reformaufgabe stellen. Sie wird das Landesplanungsrecht in dieser Legislaturperiode novellieren. Ich werde entsprechende Vorschläge dazu Anfang des Jahres 2003 unterbreiten.

Es ist ein wesentliches Ziel - auch das ist angesprochen worden -, die regionale und kommunale Verantwortung dabei zu stärken. Ich persönlich bin der Auffassung - und das entspricht auch dem Landesplanungsbericht -, dass nicht alles, was heute durch den Flaschenhals einer staatlichen Entscheidung und Genehmigung geht, tatsächlich dort hindurchgehen muss. Vieles könnte tatsächlich näher auf einer kommunalen oder regionalen Ebene erledigt werden. Dafür werde ich mich ebenfalls verwenden.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Sie werden das auch alsbald merken.

Ich erwähne dieses Ziel auch im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft der Organisation des Kommunalverbandes Ruhrgebiet bzw. einer künftigen inneren Verfassung des Ruhrgebiets. Auch dort wird für mich der Grundsatz gelten: Regionale und kommunale Verantwortlichkeit muss gestärkt werden, aber dies sollte - obwohl es entsprechende Vorschläge gibt - nicht um den Preis von Verfahrensverlängerungen geschehen. Dies sollte auch nicht um den Preis des Einziehens von zusätzlichen Planungsebenen geschehen. Dagegen wende ich mich ausdrücklich. Das ist dann das Gegenteil von Modernisierung der Landesplanung, so wie ich sie verstehe, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch die Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen den Regionalräten und der Landesregierung klären. Ich glaube, dass diese Arbeitsteilung zwischen den Regionalräten, dem Landesparlament und der Landesregierung eine Situation ist, die genau justiert werden muss, damit wir zu dem Ergebnis kommen, das wir brauchen, das nämlich dynamischere Landesentwicklung in diesem Zusammenspiel der verschiedenen Verantwortlichen tatsächlich möglich wird, nicht aber etwa das Gegenteil eintritt, dass sich nämlich durch eine unklare Verantwortungsteilung gegenseitige Blockaden ergeben. Das wäre falsch.

Wir sind hier an einem sehr wichtigen Punkt, und ich sage nach den Erfahrungen, die wir in den letzten Monaten gemacht haben - der Stützzeitraum für Beurteilungen ist ja noch nicht so sehr lang -, dass ich glaube, dass wir alle aufgefordert sind - und zwar wir als Landesregierung, aber auch Sie als Landesgesetzgeber -, an dieser Stelle genau aufzupassen, dass wir in dem Verhältnis von Regionalräten, Landesregierung und Landtag von Nordrhein-Westfalen eine produktive Situation erreichen, in der Landesentwicklung an Dynamik gewinnt, nicht aber Blockaden durch falsch angelegte institutionelle Strukturen.

Dieses alles sind Aufgaben, denen ich mich in aller kürzester Zeit stellen werde. Ich kündige an, dass wir eine Novelle zum Landesplanungsrecht sehr bald vorlegen werden - schon Anfang des kommenden Jahres. Ich kündige ebenfalls an, dass sich die Landesplanungsbehörde, d. h. mein Haus, mit einem Vorschlag für die Organisation der Regionalplanung im Ruhrgebiet alsbald an der laufenden Debatte beteiligen wird. Dies alles geschieht mit der Absicht, sehr bald zu Entscheidungen zu kommen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit heute Abend.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Minister. - Wir können damit den Teilbereich Landesplanung verlassen und kommen jetzt zum Teilbereich

### c) Europaangelegenheiten

Für die CDU-Fraktion hat zunächst Kollege Dr. Berger das Wort.

**Dr. Stefan Berger (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beenden ein europapolitisches bemerkenswertes Jahr für Nordrhein-Westfalen, wenngleich der Haushalt und die strukturellen sowie administrativen Veränderungen nicht unbedingt Anlass zum Optimismus geben. Nach Herrn Minister Samland, nach Frau Ministerin Kraft präsentiert Herr Steinbrück nun mit Minister Kuschke und Frau Staatssekretärin Meckel das sage und schreibe dritte - ich will jetzt noch nicht sagen: letzte - Aufgebot der nordrhein-westfälischen Europapolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Tenor dieser Personalentscheidung lässt sich simpel summieren - ein verheerendes Signal. Selten ist eine Personalentscheidung so einhellig kommentiert worden. Selbst der SPD-Europaabgeordnete Rapkay hat im "General-Anzeiger" die Verlagerung der Europapolitik - weg von der politischen Ebene hin zur administrativen Ebene - kritisiert. Recht hat er. Die Frage ist: Wer ist für was zuständig? Welche Funktion hat Herr Minister Kuschke? Welche Funktion übernimmt Frau Meckel?

Es ist gerade im Labyrinth der europäischen Administration unerlässlich, durch transparente Aufgabenverteilung genau zu definieren, wer für was zuständig ist bzw. wo die Kompetenzen liegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn der EU-Regionalkommissar Michel Barnier davon spricht, dass nur ein Ministertitel ein wirksamer "Türöffner" in Brüssel sei, nicht aber eben diese Möglichkeit auch einem Staatssekretär zukomme, um die Interessen des Landes, insbesondere die Interessen eines Landes von der Größe und der Bedeutung Nordrhein-Westfalens in Europa angemessen zu vertreten, dann lässt diese Botschaft in ihrer Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Das Personalkonzept unterstreicht eine untergeordnete Relevanz, eine bedauernde Unsystematik und eine zunehmende Bedeutungslosigkeit der Europapolitik unter Peer Steinbrück.

Leider - damit komme ich zum Haushalt - manifestiert sich der Abstieg der Europapolitik des Landes in die dritte Liga auch im Haushalt 2003.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist unerlässlich, in Brüssel wahrnehmbar vertreten zu sein. Die bayrische Landesregierung mit ihrem hochkarätigen Minister Bocklet macht kontinuierlich von sich reden.

(Brigitte Speth [SPD]: Wer ist das denn? Den kennt keiner!)

Alle Insider bescheinigen den Bayern eine professionelle Performance bei der Interessenvertretung für das eigene Land.

Und wie sieht es in Nordrhein-Westfalen aus? Die Idee eines schlagkräftigen Hauses Europa für Nordrhein-Westfalen liegt seit dem Abgang von Herrn Samland, der diese Idee schon skizziert hatte, zunehmend auf Eis. Nordrhein-Westfalen gerät ins Hintertreffen. Nordrhein-Westfalen gerät im Brüsseler Wettbewerb um Aufmerksamkeit zunehmend ins Aus.

Der unzureichende Umgang mit dieser Tatsache, die deutliche Kritik der europapolitischen Szene auch innerhalb der Sozialdemokratie - alles dies wird im Kabinett Steinbrück fahrlässig verdrängt.

Besonders traurig ist der Umgang der Landesregierung mit der anstehenden EU-Osterweiterung. Ich will jetzt auf die Bedeutung der EU-Osterweiterung nicht gesondert eingehen. Das wissen wir im Prinzip alle. Aber wenn wir uns alle über die Bedeutung der Osterweiterung einig sind, wie ist dann die fünfprozentige Kürzung der Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen zu erklären? Wie ist zu erklären, dass die Zuschüsse für Projekte in mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten bei einer steigenden Zahl von Ländern in gleicher Höhe verbleiben? Wie ist zu erklären, dass auf einmal unter dem Stichwort „Nördliche Dimension“ - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - die Zusammenarbeit mit Norwegen und Finnland intensiviert werden soll, wenn gleichzeitig Werbekampagnen für die Osterweiterung finanziert werden? Das ist nicht begründbar. Das ist konzeptionslos.

Geradezu symbolisch ist die Tatsache, dass der Titel „Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes“ gekürzt wird. Geradezu symbolisch ist die Tatsache, dass der Titel für die Zusammenarbeit mit den Beneluxpartnern erneut gekürzt wird, obwohl Sie gerade in der letzten Woche in der Presse einen verstärkten Umgang mit diesen Partnern angekündigt haben. Hier klaf-

fen Anspruch und Wirklichkeit auch teilweise auseinander. Geradezu symbolisch ist auch die Tatsache, dass eine Kürzung von Stipendien für die Postgraduierten-Studiengänge erfolgt.

Ich will nicht sagen, dass es ein Treppenwitz ist, aber unter der Staatssekretärin Meckel, die die Themen Europa und Medien zu bearbeiten hat, soll der Zuschuss an das Europäische Medieninstitut reduziert werden. Auch das passt nicht in die Landschaft.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren: Die Kraftlosigkeit der Landesregierung stranguliert die dringend notwendige Revitalisierung der Europapolitik. Die geballte Kritik der gesamten europapolitischen Szene auch innerhalb der Sozialdemokratie ist vernichtend, ist klar und eindeutig. Die Europapolitik in Nordrhein-Westfalen gerät vom Abseits ins Aus.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Dr. Berger. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Sikora das Wort.

**Gabriele Sikora (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Stefan Berger hat hier gebetsmühlenartig das wiederholt, was wir nun seit der Umorganisation des Kabinetts kennen. Dadurch wird Ihre Behauptung auch nicht richtiger, Herr Berger.

Wir haben einen Neuzuschnitt mit einem Minister und sogar einer Staatssekretärin. Ich kann Ihnen versichern: Als Türöffner steht darüber hinaus der Ministerpräsident in Person in Brüssel zur Verfügung. Das ist in der Vergangenheit so praktiziert worden. Ich kann Ihnen versichern: Das wird auch in Zukunft so sein.

(Beifall bei der SPD)

Diese Kombination Minister und Staatssekretärin macht auch deutlich, dass hier ein Schwerpunkt gerade auch in der Koordinierung dessen, was europolitisch in anderen Häusern geschieht, gesetzt wird.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linsen)**

Ihre Ausführungen machen auch deutlich, dass Sie eigentlich keine eigene Konzeption haben. Sonst hätten Sie uns ja auch Anträge im Europausschuss vorgelegt. Das war aber nicht der Fall. Weder von Ihnen noch von der FDP-Fraktion kamen Anträge. Die FDP berief sich dann darauf, dass es ja eine sehr kurzfristige Vorlage der zwei-

ten Ergänzungslieferung gegeben habe und sie deshalb dem Haushalt in der Sitzung erst einmal nicht zustimmen könne. Aber ich habe mir sagen lassen, im Haushalts- und Finanzausschuss, wo es ja noch einmal die Möglichkeit gegeben hat, ist auch kein Antrag gestellt worden. Insofern haben Sie eigentlich zum Einzelplan 02 Kapitel 030 keine eigene Meinung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktion, die Kürzungen im Kapitel 02 030 belaufen sich auf eine Größenordnung von 150.900 € gegenüber dem Ansatz vom Vorjahr in der Größenordnung von 4,3 Millionen €. Die CDU-Fraktion hat in der letzten Sitzung behauptet, das wäre eine achtprozentige Kürzung. Aber 150.900 € von 4,3 Millionen € machen nach Adam Riese keine achtprozentige Kürzung aus, sondern - wie jeder nachrechnen kann - 3,5 und noch eine Stelle hinten dran.

Auch diese Kürzung ist bedauerlich. Das ist klar. Jedoch macht die Haushaltssituation auch vor diesem Kapitel nicht halt. Ich denke, die europapolitischen Schwerpunkte des Landes - Stärkung der Europafähigkeit, Vorsitz der Europaministerkonferenz, Koordinierung bei der Zusammenarbeit mit den EU-Erweiterungsländern, Unterstützung der Euregios - sind davon nicht betroffen. Denn die Mittel im Kapitel 030 des Einzelplans 02 sind nicht die einzigen europapolitischen Mittel. Hinzu kommen die EU-Mittel für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III. Da stehen unseren vier Euregios in der neuen Förderphase bis zum Jahr 2006 doppelt so viele Mittel zur Verfügung wie in der vorausgegangenen Phase. Der Landesanteil dabei beträgt 15 % gegenüber 50 % aus EU-Mitteln.

Auch in den anderen Etats Arbeit und Wirtschaft, Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft sind im Haushalt 2003 europapolitische Mittel in einer Größenordnung von 586 Millionen € enthalten, davon kofinanziert durch das Land etwa 230 Millionen €.

Die nicht im Haushalt enthaltenen direkten Zuwendungen, die an die Landwirtschaftskammern gehen, belaufen sich auf rund 442 Millionen €. Damit mache ich deutlich, in welcher Größenordnung Mittel aus Europa bei uns eingehen.

Zu Ihren Vorwürfen, bei der Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern würden Kürzungen vorgenommen: Sie haben immer noch nicht zur Kenntnis genommen, dass hierfür besondere Programme zur Verfügung stehen. Programme wie PHARE oder TACIS werden auch von Nordrhein-Westfalen bilateral oder trilateral in Anspruch genommen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Sikora. - Für die FDP spricht jetzt Herr Brockes.

**Dietmar Brockes (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Sikora, Sie haben uns gerade vorgeworfen, wir hätten zur Europapolitik keine eigene Meinung. Hören Sie jetzt einmal zu; dann werden Sie schon merken, dass wir eine eigene Meinung haben, wie auch die CDU eben eine eigene Meinung vorgetragen hat.

Alle Jahre wieder haben wir in der vorweihnachtlichen Zeit nicht nur die Haushaltsberatungen durchzuführen, sondern im Europabereich auch mit neuen Zuständigen zu tun. Kollege Berger hat es eben schon ausgeführt: Nach Minister Samland kam Frau Ministerin Kraft. Und nun? Zuerst hatten wir es nur mit einer Staatssekretärin zu tun. Das Wort "nur" ist nicht auf die Person gemünzt, sondern bezieht sich auf das Amt. Dies ist - hier muss ich Herrn Kollegen Berger ganz ausdrücklich zustimmen - eine Herabsetzung der Europapolitik durch die Landesregierung, die verheerenden Auswirkungen in Brüssel gehabt hat.

(Brigitte Speth [SPD]: Welche denn? Etwas präziser!)

- Sie brauchen nur Zeitung zu lesen und sich anzuhören, was aus dem Umkreis führender Kommissare zu hören ist.

(Brigitte Speth [SPD]: Was denn?)

Das Zitat bezüglich des Türöffners wurde eben schon vorgebracht.

(Brigitte Speth [SPD]: Genauer!)

- Es täte Ihnen gut, besser zuzuhören. Dann bräuchten Sie diese Zwischenrufe jetzt gar nicht erst zu machen.

Meine Damen und Herren, neben der Herabsetzung, die darin bestand, dass wir es nur noch mit einer Staatssekretärposition zu tun haben, war dann natürlich auch noch die personelle Besetzung mit Frau Prof. Meckel von Bedeutung, die ja wirklich wie die Jungfrau zum Kinde zu diesem Amt kam.

(Brigitte Speth [SPD]: Dann erklären Sie mir mal, wie die Jungfrau zum Kind kommt!)

Die SPD-Fraktion wollte sie nicht als Wissenschaftsministerin haben. Deswegen hat man sie mehr oder weniger in ihrer alten Position belas-

sen. Da die Europapolitik noch übrig war, hat man ihr die Zuständigkeit dafür auch noch gegeben. Wie lange sie dieses Amt bekleiden wird, bleibt abzuwarten. Ich habe die Befürchtung, auch wenn es mit Hessen wohl nicht klappen wird, dass dies wohl nicht von langer Dauer sein wird.

Insofern begrüßen wir es ausdrücklich, dass Ministerpräsident Steinbrück vor gut anderthalb Wochen auf einmal von einem Europaminister Kuschke sprach. Nachdem wir als Opposition eingefordert hatten, dass die Europa-Aufgaben von einem Minister betreut werden, kam es dann dazu. Nun erwarte ich, Herr Minister Kuschke, dass es nicht nur bei diesem Titel bleibt, sondern dass Sie die Position Nordrhein-Westfalens in Europa, insbesondere in Brüssel, auch persönlich regelmäßig vertreten.

Alle Jahre wieder - das lässt sich auch auf die Landesvertretung beziehen. Jahr für Jahr reden wir über eine Umwandlung der Landesvertretung in eine NRW-Agentur. Frau Staatssekretärin Meckel sprach davon, dass die Entscheidung noch in diesem Jahr fallen werde. Minister Kuschke redet vom Anfang des nächsten Jahres. Aus meiner Sicht ist die Sitzung des Europaausschusses Anfang nächsten Jahres Deadline. Als Opposition erwarten wir, dass Sie, Herr Minister, wie Sie es im persönlichen Gespräch angekündigt haben, ein Konzept auf den Tisch legen werden, damit wir diese Baustelle endlich schließen können.

Meine Damen und Herren, ich gehe noch ganz kurz auf den Haushalt ein. Viel ist zu ihm nicht zu sagen; denn Europapolitik spielt in diesem Haushalt keine Rolle. Ich erwähne nur mit einem Satz - Frau Sikora, Sie gehören ebenfalls dem Präsidium der Europa-Union an -, dass ich es als traurig empfinde, dass auch in diesem Bereich die globale Minderausgabe en bloc zum Einsatz kommt. Ich vermute, dass auch Sie die Ergänzungslieferung des Haushalts erst eine Stunde vor der Sitzung erhalten hatten und deshalb noch gar nicht wussten, worüber Sie abstimmen.

Meine Damen und Herren, die Europapolitik findet in diesem Haushalt nicht statt. Deshalb werden wir ihn ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Brockes. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt Frau Koczy das Wort.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Ich finde, Herr Kuschke als Minister für Europa und Frau Meckel

als Staatssekretärin für Europa, Internationales und Medien haben ihre Chance verdient.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich bin zuversichtlich, dass nach der Regierungs-umbildung für Europa weiterhin gute Arbeit geleistet wird.

Ich gehe nun zum Haushalt über; denn das ist heute unser Thema.

(Zurufe von der SPD: So ist es! Endlich!)

Die Diskrepanz zwischen der Bedeutung der Europapolitik sowie den internationalen Aufgaben und dem Haushalt ist bekannt. Mit einem Gesamtetat in Höhe von 4.150.700 € ist zwar nicht viel Staat zu machen, aber immer noch viel Europapolitik; denn diese findet nun einmal nicht durch die Verausgabung von Mitteln statt, sondern durch Information, Lobbyarbeit und Präsenz bei wichtigen Themen.

Wichtige Themen sind zum Beispiel die Osterweiterung, Strukturpolitik, Agrarpolitik, Verfassungskonvent und, und, und. Ich könnte noch sehr viel mehr aufzählen.

Apropos Osterweiterung: Wir hatten gemeinsam im Landtag die Initiative der ehemaligen Europaministerin Hannelore Kraft begrüßt, eine Kampagne zur Osterweiterung im Land Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Vor kurzem fand hierzu auch eine Veranstaltung, nämlich am 2. Dezember, in Paderborn statt, auf der ich auch als Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Einwelt-Politik eingeladen war. Jetzt habe ich gelesen, dass sich Herr Brock, Mitglied im Europaparlament, darüber echauffiert, dass dies eine rot-grüne Veranstaltung gewesen sei und er nicht auf dem Podium dabei gewesen sei.

Dazu nur Folgendes: Der Regierungspräsident in OWL ist als Regierungspräsident geladen, unabhängig von der Farbe. Auch meine Wenigkeit war hier nicht als Grüne geladen, sondern in meiner Funktion als Ausschussvorsitzende. Ich finde es eigentlich schade, dass sich Herr Brock etwas wichtigtuersich bemerkbar machen wollte. Ich hätte ihm in dieser Frage mehr Souveränität zugetraut.

(Zurufe von der SPD)

Noch ein paar Informationen zum Haushalt: Von keiner Fraktion waren diesmal Änderungsanträge eingebracht worden. Daher ist davon auszugehen, dass dieser Haushalt keine großen inhaltlichen Diskussionen bei den Fachpolitikerinnen und -politikern hervorruft. Aus diesem Grunde gibt es

keine Veranlassung, eine intensive Detaildiskussion zu führen, vor allem nicht zu dieser späten Stunde. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Koczy. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Kuschke.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Kollege Dr. Berger, verehrter Kollege Brockes. Ich hatte schon erwartet, dass sie wenigstens etwas zur Europapolitik sagen würden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich hier minutenlang über organisatorische Fragen ausgelassen und überhaupt nicht mitbekommen, dass die Karawane schon längst weitergezogen ist. Die Melodie, die Sie gesungen haben, war: Zunächst einmal haben Sie gesagt: Es gibt keinen Europaminister. Dann stellen Sie fest: Es gibt einen. Nachdem Sie das festgestellt haben, bemängeln Sie, dass der nicht Europaminister heißt. Nachdem Sie per Presseerklärung feststellen, dass er auch Europaminister heißt: Was wird denn das Nächste sein, das Sie nachfragen werden, was die organisatorische Struktur angeht?

Ich war jetzt fünf Jahre lang nicht mehr in diesem hohen Hause, habe aber die Vorstellung, dass in der zweiten Lesung auch über inhaltliche Fragen gesprochen wird.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Manchmal!)

- Manchmal? - Ich möchte doch noch einige Dinge ansprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Während Sie sich immer noch mit organisatorischen Fragen aufhalten, habe ich den Vorsitz der 34. Europaministerkonferenz innegehabt und dankenswerterweise an die hervorragende Vorarbeit meiner Vorgängerin, Frau Hannelore Kraft, anknüpfen können. Ich war in Brüssel, habe dort Gespräche nicht nur innerhalb der Landesvertretung geführt, sondern auch meine Position zu einem europapolitischen Arbeitsprogramm deutlich gemacht. Wir haben im Europaausschuss über unsere Vorstellungen, die Vorstellungen der Landesregierung, gesprochen. Ich möchte Ihnen kurz umreißen, wie das Arbeitsprogramm aussieht.

Dann können wir uns darüber unterhalten, Herr Kollege.

EU-Strukturpolitik nach 2006: Kein Wort ist hier von Ihnen zu der wichtigen und herausragenden Aufgabe gefallen, sich darum zu bemühen, dass wir für den Strukturwandel in unserem Land nach wie vor in erheblichem Umfang EU-Mittel benötigen und das auf dem Weg auch hinbekommen werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir müssen zweitens die EU-Erweiterungskampagne fortsetzen. Wir dürfen uns auch nicht von den Dingen ablenken lassen, auf die Frau Koczy gerade mit Recht hingewiesen hat.

Wir haben drittens in der Tat den Ehrgeiz, ein vernünftiges NRW-Haus in Brüssel auf den Weg zu bringen. Ich bitte Sie ganz herzlich - nichts gegen die kritischen Worte, die Sie hier vorgebracht haben -: Helfen Sie uns dabei! Bringen Sie einen Beitrag in den Gesprächen ein. Wir werden Sie dazu einladen und erwarten von Ihnen, dass Sie uns auch konstruktiv unterstützen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

- Es geht nicht darum, dass Sie unsere Arbeit machen. Ich habe aber die Erwartung, nachdem ich Einzelgespräche mit allen Fraktionssprecherinnen und -sprechern im Europaausschuss geführt habe und eine faire, verlässliche Zusammenarbeit angeboten habe, dass wir uns auch an den Inhalten orientieren und dass wir fair und vernünftig miteinander umgehen.

Wir haben den Ehrgeiz, eine NRW-Landespräsentation in Moskau im kommenden Jahr 2003 durchzuführen, in der wie die Palette der Leistungen im Bereich der Industrie und Wissenschaften darstellen werden, die wir noch einmal nutzen werden, um die Kontakte entsprechend zu erweitern.

Wir haben weiter den Ehrgeiz - das ist nicht einmal eine Frage des großen Geldes -, in der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in den Beneluxländern nach vorne zu kommen. Das betrifft Fragen aus der Landesplanung: Gelingt es uns, gemeinsame Industrie- und Gewerbegebiete auszuweisen? Gelingt es uns, nach einem einheitlichen Recht vorzugehen? Gelingt es uns dabei, bürokratische Barrieren zu überwinden? Das sind die entscheidenden Fragen, die wir lösen müssen. Dabei kommt es gar nicht so sehr auf das große Geld an.

Und wir werden - das möchte ich als letzten Punkt nennen, das ist aber keine abschließende Aufzäh-

lung: im Februar werden wir das im zuständigen Ausschuss diskutieren - Ihnen ein Leitbild für die gesamte internationale Arbeit vorlegen, so wie wir uns das als Landesregierung vorstellen, auch als Leitfaden für die Ressorts der Landesregierung insgesamt.

Damit komme ich zum nächsten Punkt, meine Damen und Herren. Ich glaube, Herr Kollege Dr. Berger und Herr Kollege Brockes, es geht auch um die Frage des richtigen Verständnisses eines Europaministeriums oder eines Europaministers oder einer Europaministerin. Sie haben die Vorstellung im Kopf, als sei dieser Europaminister oder diese Europaministerin - Sie werden in keinem Bundesland eine solche oder einen solchen finden - ein Mensch, der für alle Fragen zuständig ist.

Die entscheidende Frage, wie wir uns europapolitisch positionieren, wird sein, ob es uns gelingt, innerhalb der Landesregierung die verschiedenen europapolitischen Aktivitäten und Ansätze aller Ressorts zu bündeln. Das wird das Entscheidende sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe gerne zu: Da gibt es Optimierungsbedarf. Wir werden Ihnen unterbreiten, dass wir im kommenden Jahr die Grundlage für Berichte aller Ressorts schaffen, die wir in einem Bericht der Landesregierung über europapolitische Aktivitäten zusammenfassen werden, sodass wir dem Parlament auch eine entsprechende Transparenz anbieten. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, was die Verantwortlichkeit des Ministers, der Staatssekretärin betrifft. Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insgesamt - das ist ein gutes Team, da wird vernünftig miteinander gearbeitet. Wir haben an keiner einzigen Stelle bislang feststellen können, dass sich irgendwelche Türen verschlossen hätten.

Ich möchte Ihnen zum Schluss, ohne der Debatte von Freitag vorzugreifen, die wir zur Steinkohle führen werden, allerdings einmal den Punkt nennen, der in Brüssel am meisten für Furore gesorgt hat, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Während der Vorgang der Notifizierung in Brüssel läuft, treten Sie eine Debatte über die Steinkohle in der Art und Weise los, wie es in den vergangenen Tagen passiert ist.

Das hat in Europa, in Brüssel am meisten für Furore gesorgt und war nun weiß Gott keine Aktion, die der Europapolitik dienlich war. So viel zu der Frage, wem dort Türen geöffnet werden oder wer

durch ein politisch falsches Verhalten auch so manche Tür verschließt und einen Gesamteindruck von NRW erweckt, der hoffentlich demnächst, nämlich durch die Debatte am Freitag, korrigiert werden wird.

Ich freue mich auf die europapolitische Debatte mit Ihnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Minister Kuschke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da zu diesem Teil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zum Teilbereich

#### d) Medien.

Als ersten Redner rufe ich für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Brinkmeier auf.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Medienpolitik war immer ein Lieblingskind des damaligen Ministerpräsidenten Clement. Er wurde nie müde zu betonen, wie viele Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen wurden und geschaffen werden müssten, um den Strukturwandel am Rhein und vor allem an der Ruhr zu ermöglichen.

Viele Leuchtturmprojekte und Initiativen hat Herr Clement in seiner Düsseldorfer Zeit angestoßen, doch leider - so müssen wir feststellen - beschränkte sich die Wirkung meist auf das, was die Wirtschaft auch ohne seine Begleitung geschafft hätte. Clement zeigte sich bezüglich der Wirkung der New Economy viel zu euphorisch, vor allem im Hinblick auf die Bereiche Internet und Media-Entertainment. Für diese Euphorie will ich ihn nicht einmal anklagen, denn die teilten seinerzeit die meisten.

In zwei Punkten hat er jedoch versagt. Zum einen blieb er bei der landespolitischen Begleitung nicht kaufmännisch nüchtern genug; zum anderen hat er bei der strukturellen Umsetzung seiner Ideen dilettiert, mit Auswirkungen auch auf den hier zu diskutierenden Haushalt 2003. Dafür will ich im Folgenden Beispiele geben.

Erstes Beispiel ist Ish, vormals Kabel NRW. Wolfgang Clement träumte von der kompletten Vernetzung der Menschen in diesem Land: Fernsehen, Internet und Telefonie aus einem Guss, think big. Dann kam ein Investor um die Ecke und behauptete: Das erledigen wir, kein Problem, auch die Milliardeninvestitionen spielen wir relativ

schnell wieder ein. Das fand Clement toll; er unterstützte dieses Projekt dann nach Kräften.

Heute nun muss Ish kleines Karo tragen. Der Businessplan ist gewaltig gestutzt, Hunderte von Arbeitsplätzen sind wieder abgebaut. Man kann schon froh sein, wenn in weiten Bereichen von Nordrhein-Westfalen der Status quo des Kabelbetriebes dauerhaft erhalten bleibt. Schon vor knapp zwei Jahren gab es die ersten konkreten Hinweise, dass Ish auf die Schnauze fallen wird. Getan hat Wolfgang Clement damals nichts. Er war viel zu unkritisch

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Frank Baranowski [SPD]: Unparlamentarisch!)

- Herr Baranowski, das müssen gerade Sie sagen. - Ausbaden müssen es nun die Verbraucher und die ehemaligen Arbeitnehmer. Hier zeigt sich wieder einmal die verfehltete Industriepolitik von Wolfgang Clement.

(Beifall bei der CDU)

Zweites Beispiel: die Medien GmbH. Was sollte doch die Medien GmbH in diesem Lande alles verändern! Unabhängig von den Ministerien sollte sie viel Geld aus dem Landeshaushalt in einen großen medienpolitischen Bauchladen stopfen. Dumm nur, dass die betroffenen Ministerien ihre Budgets dafür nicht hergeben wollten. Also blieb von den ursprünglich vorgesehenen 250 Millionen DM ein Torso von einigen Millionen übrig, von dem die Ausgaben für das Medienforum in Köln und für die Geschäftsführerbesoldung die bekanntesten finanziellen Posten waren. Die Medien GmbH ist total vermurkst worden. Daran ist nicht das schlechte Marktumfeld schuld, sondern allein das dilettantische Aufbaumanagement im Umfeld der Staatskanzlei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zumindest hat der neue Ministerpräsident jetzt die Chance, reinen Tisch zu machen. Die Konstruktion der Medien GmbH ist erkennbar nicht das Gelbe vom Ei; so hat es Peer Steinbrück selbst gesagt. Mal sehen, ob eine Abwicklung bevorsteht. Sie haben ja dafür vorsorglich sogar schon eine Haushaltsstelle eingerichtet.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie zur nächsten Sitzung des Medienausschusses im Januar konkret sagen, wie es mit der Medien GmbH weitergehen soll. Falls Sie bis zum Februar warten sollten, wäre das auch okay, solange Frau Meckel dann vortragen wird; davon gehe ich aus.

Es sei noch angemerkt, dass auch der medienrelevante Bereich unter der globalen Minderausgabe des Einzelplans 02 zu leiden haben wird. Wir befürchten beispielsweise, dass das Filmbüro eben gerade nicht das Geld bekommt, das Sie ihm in einer Haushaltsfußnote zugesichert haben, denn spätestens wenn die Haushaltssperre kommt, ist Schluss. Vom Jahre 2004 brauchen wir noch gar nicht zu reden. Es ist schon schlimm genug, dass Sie fortwährend das Etatrecht des Parlaments außer Kraft setzen, aber in diesem Jahr setzen Sie dem Ganzen die Krone auf: minimale Vorankündigungszeit und dafür maximale Unsicherheit für alle Haushaltsposten.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Was hätten Sie denn getan?)

Somit ist der Haushaltsplanentwurf im Medienbereich jetzt schon Makulatur. Wir lehnen ihn ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. - Für die SPD spricht jetzt Herr Eumann.

**Marc Jan Eumann (SPD):** Jeder Fernsehmacher, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, träumt von dieser Sendezeit: 20:28 Uhr. Das ist prime time im Fernsehen, leider aber nicht prime time im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der CDU: Beim augenblicklichen Redner!)

Darauf gibt es nur eine Antwort: Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, bei der Planung der Debatte zum Haushalt 2004/2005 die Diskussion über das Medienkapitel vorzuziehen. Wenn dieses Versprechen jetzt kommt, signalisiere ich, dass mein Beitrag ganz kurz sein wird.

Der Haushaltsplanentwurf ist eine gute Grundlage. Er setzt weiterhin Rahmenbedingungen, damit wir in Nordrhein-Westfalen eine vernünftige Medienpolitik machen können. Der Haushaltsentwurf ist kein Grund zum Jammern, Herr Brinkmeier; er ist sicherlich auch kein Grund zum Jubeln, aber er setzt das fort, was wir mit viel Phantasie, mit viel Kreativität, mit vielen spannenden Leuten in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben und weiter auf den Weg bringen wollen.

DVB-T kommt im nächsten Jahr, mit dem Kabel geht es weiter, die Filmförderung ist ein Schwerpunkt, wir führen den Tag der Medienkompetenz im Landtag durch, wir machen viele spannende

Sachen. Wir brauchen weiterhin Instrumente, wie sie in der NRW Medien GmbH angelegt sind. Wir brauchen weiterhin wichtige Impulse von ecmc und vielen anderen. Wir brauchen vor allem diejenigen, die kreativ die Inhalte im Medienland schaffen, die möglichst viele Leute kulturell und kommerziell interessieren.

Der Haushalt setzt dafür die Rahmenbedingungen. Wir werden darauf achten, dass sie weiterhin vernünftig sind. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, für Ihre Geduld und lade jeden zur Mitarbeit herzlich ein. - Eine Minute und 30 Sekunden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Eumann. Sie haben genau drei Minuten eingespart. Ich bedanke mich für diese zeitlich vorbildliche Rede

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

und erteile dem Kollegen Dr. Grüll für die FDP das Wort.

(Frank Baranowski [SPD]: Herr Grüll, das müssen Sie jetzt toppen!)

**Dr. Stefan Grüll (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Freude darüber, dass der Kollege Eumann seine Redezeit nicht vollständig ausgenutzt hat, ist begrenzt, weil bei einer Fortführung seiner Rede vielleicht auch ein paar interessante Punkte angesprochen worden wären, von denen ich annehme, dass es bei ihnen sogar einen Dissens zwischen der SPD-Fraktion und der Staatskanzlei gibt. Ich hätte hier gerne einmal etwas z. B. zum Thema NRW Medien GmbH und deren Rückabwicklung gehört.

Ich habe den leisen Verdacht, dass wir beide dabei gar nicht einmal so weit auseinander liegen, weil ich dezidiert der Ansicht bin, dass eine NRW Medien GmbH, wenn sie denn die Mittel hat, die sie braucht, um klar definierte Aufgaben zu erfüllen, etwas wäre, was diesem Land sehr gut zu Gesicht stünde.

Wir haben aber heute mit der NRW Medien GmbH das Problem, dass sie eben nicht die Mittel und nicht die klare Aufgabendefinition zur Grundlage ihrer Arbeit bekommen hat, die notwendig wäre, um noch erfolgreicher arbeiten zu können, als das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GmbH bisher schon leisten. Diese hätten deswegen auch etwas anderes verdient, als permanent durch Presseveröffentlichungen verunsichert zu werden, ob denn nun ihr Unternehmen rückabge-

wickelt oder teilrückabgewickelt wird oder in welcher Form auch immer bestehen bleibt.

Eines ist ja nun klar: Es wird zwar eine ergebnisoffene Prüfung angekündigt, aber ob die ergebnisoffen ist, Herr Minister und Frau Staatssekretärin, dahinter mache ich ein Fragezeichen. Während nämlich bei GfW und bei Projekt Ruhr kein entsprechender Haushaltsvermerk angefügt worden ist, steht beim Titel der NRW Medien GmbH vorsorglich - Herr Brinkmeier hat es erwähnt - ein Ansatz für den Fall der Rückabwicklung. Deshalb wage ich zu bezweifeln, ob die Prüfung noch ergebnisoffen ist. Ehrlichkeit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GmbH wäre deswegen sicherlich angebracht. Ein Ende von Indiskretionen und Spekulationen ist überfällig.

Eine weitere Anmerkung zum Thema Medien, Medienpolitik und Medienstandort Nordrhein-Westfalen sowie das Image, um das es bei uns in diesem Lande geht. Auch dazu hätte ich mir im Haushaltsentwurf andere Ansätze gewünscht und andere Signale erhofft. Ich nenne das Beispiel "Filmstiftung": Sie wissen, wir hatten zunächst - Sie erinnern sich - eine Organisationsdebatte über die Frage, ob das Filmbüro in die Filmstiftung eingegliedert wird. Diese Debatte ist zu einem Ende gebracht worden, nachdem es Turbulenzen gegeben hat, die aus meiner Sicht vermeidbar gewesen wären. Ich erinnere an die Debatte aufgrund des CDU-Antrages "Hände weg vom Filmbüro!".

Jetzt sieht es aber de facto so aus, dass die Mittel durch die Integration des Filmbüros in die Filmstiftung gekürzt worden sind. Ich halte das nicht für ein gutes Signal für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern wie Bayern, Berlin und Brandenburg, die sich anschicken, uns den Rang abzulaufen. Hier wäre es besser gewesen, wenn im Haushalt andere Signale gesetzt worden wären.

Es gibt aber auch tatsächlich Erhöhungen im medienpolitischen Haushalt der Staatskanzlei. Diese finden sich in vielfältiger Form in Ansätzen für externe Beratung, Gutachter und dergleichen. Der Grund kann nur darin bestehen, dass die medienpolitische Abteilung der Staatskanzlei und die Staatskanzlei als Ganzes eben noch immer nicht, sogar weniger denn je, auf dem Wege sind, Kreativ- und Kompetenzzentrum zu werden, das sie tatsächlich einmal war, und zwar durchaus von Sozialdemokraten geprägt. Diese Zeiten sind vorbei.

Ich wünschte mir, dass man eines Tages die Titel für externe Beratung nicht mehr erhöhen muss,

sondern dass man die knappen Mittel wirklich in die Medienpolitik und in die entsprechenden Ansätze, die ich versucht habe zu skizzieren, einfließen lässt, sodass die Staatskanzlei in der Lage ist, Anstöße in die Medienszenerie des Landes zu geben, Anregungen aus dieser Szenerie aufzugreifen und die medienpolitischen Aktivitäten der anderen Ressorts - Herr Minister Kuschke, Sie haben es im Zusammenhang mit Europa gerade angedeutet; vergleichbares gilt auch hier - effizienter, wirksam zu bündeln und parlamentarische Initiativen auch erfolgreich umzusetzen. Von diesem Ziel sind wir weit entfernt. Ich biete unverändert gleichwohl an, an diesem Ziel mitzuarbeiten.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Grüll. Auch Sie haben Zeit eingespart. Deshalb muss ich auch Sie loben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber geringfügig!)

- Jawohl, er hat geringfügig Zeit eingespart.

Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Keymis für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Oliver Keymis (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es noch kürzer machen als der Kollege Grüll. Vielleicht gelingt es mir sogar, noch etwas kürzer zu sprechen als der Kollege Eumann.

Wir haben einen Medienhaushalt, der immerhin ein Volumen um 30 Millionen Euro ausmacht. Das ist also nicht wenig. Wir unternehmen damit eine ganze Menge. Wir unterhalten z. B. von diesem Geld die zweitgrößte Filmförderanstalt Europas, Herr Grüll. Das müssten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit wird in diesem Bereich eine ganze Menge geleistet. Der Standort ist nicht schlecht, sondern er ist gut. Man kann den Standort aber schlecht reden.

Am spannendsten finde ich immer, wenn sich Leute darüber beklagen, dass irgendwelche Gerüchte in die Presse geraten. Anschließend wollen sie das gerne klar gestellt haben, obwohl sie selber häufig gerade in diese Richtung telefonieren und viele Informationen aus diesem Haus transportieren, die auch transportiert werden müssen. Insofern bin ich an der Stelle skeptisch.

Wir haben einen in diesem Bereich gekürzten Haushalt vorgelegt. Dieser Bereich ist wie die An-

sätze in allen Bereichen mit kleinen Streichungen versehen. Wir werden mit den Ansätzen trotzdem eine gute Medienpolitik verwirklichen können. Ich glaube, dass das Land eine gute Medienpolitik braucht, weil der Standort wichtig ist. Vor allen Dingen braucht das Land Visionen für den Medienstandort. An dieser Aufgabe wird die Koalition weiterarbeiten. Sie beteiligen sich ja nicht daran, sondern jammern nur bei diesem Thema. Damit sollten Sie fortfahren. Das wird bei den Menschen viel Überzeugung und Freude an Ihrem politischen Stil wecken. Wir werden in unserem Stil weiterarbeiten. Ich denke, dass wir damit am Ende ganz erfolgreich dastehen werden. - Ich danke Ihnen.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Kuschke.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur drei kurze Anmerkungen machen.

Erstens. Bei aller Auseinandersetzung über den richtigen Weg müssen wir an einer Stelle aufpassen. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor ein herausragender Medienstandort. Das kann man mit wenigen Zahlen belegen. Der Umsatz betrug im letzten Jahr in diesem Bereich 107 Milliarden €, und außerdem ist im Jahre 2002 gegenüber 2001 die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich weiter gestiegen. Bei allem Streit in der Sache um den richtigen Weg, gilt es aufzupassen, dass hier nach außen kein falscher Eindruck entsteht.

Zweitens. Was die NRW Medien GmbH angeht, so haben wir dort keine Probleme. Herr Kollege, wir sind bei der Prüfung ergebnisoffen. Wir halten es für richtig, dass wir die Strukturen dieser Landesgesellschaft wie auch die Strukturen anderer Landesgesellschaften und entsprechender Förderprozesse untersuchen. Wir werden die Ergebnisse ganz offen dem zuständigen Ausschuss und dem Parlament vorlegen.

Drittens. Herr Dr. Grüll, wir unterscheiden uns in der Einschätzung bei der Filmstiftung. Ich glaube, dass gerade das Beispiel der Zusammenlegung von Filmstiftung und Filmbüro in der Frage der kulturellen Filmförderung und der Nutzung der Synergieeffekte, ohne dass die inhaltlich-konzeptionelle Grundlagen dadurch verschlechtert

worden wären, den richtigen Weg darstellt. Wir wären gut beraten, in anderen Bereichen solche Wege auch zu gehen.

Ich finde, wir sind auf einem guten Weg, und ich hoffe, dass ich den Rekord bei der Redezeit von Marc Jan Eumann unterboten habe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen herzlichen Dank, Herr Minister Kuschke. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratungen über den **Einzelplan 02**.

Ich lasse abstimmen über die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3302**. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich rufe **Nummer 6** auf:

#### **Einzelplan 01: Landtag**

Ich weise auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3301** hin.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten, auch wenn es langsam zum Ende der Debatte geht? - Eine Debatte ist zu dem Einzelplan 01 nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung über den **Einzelplan 01**. Ich lasse über die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3301** abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich sehe, dass alle Fraktionen des Landtags dafür sind. Dann ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe **Nummer 7** auf:

#### **Einzelplan 13: Landesrechnungshof**

Ich weise auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3313** hin.

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen. Wir kommen direkt zur Abstimmung. Ich lasse über den **Einzelplan 13** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3313** abstimmen. Wer ist für diese Empfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Auch diese